

Volksstimme

zugleich Volksstimme für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielitz, Republikanska Nr. 4 — Telefon Nr. 1294
Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 10. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto B. R. D. Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Abfagen an Brüning

Schwierige Kabinettsbildung — Keine Mehrheit im Reichstag — Die Rechte freut sich auf das Erbe Die Sozialdemokraten warten ab

Berlin. Gegenüber allerlei Kombinationen über den Stand der Verhandlungen Brünings erklärt die „Germania“ sich allein auf die Wiedergabe der Tatsachen beschränken zu wollen, die als feststehend anzusehen seien. Danach hat Brüning zunächst mit Dr. Schmitz von den J. G. Karben wegen Übernahme eines Ministeriums verhandelt, Schmitz hat aber eine Beteiligung an der Regierung abgelehnt. Dagegen seien die Bemühungen Brünings, Professor Warmbold zum Eintritt in das Kabinett zu bewegen, von Erfolg gewesen. Warmbold, seinerzeit Landwirtschaftsminister im preussischen Ministerium Stöckert, werde das Reichswirtschaftsministerium übernehmen. Außerdem hätten Besprechungen mit Dr. Geßler stattgefunden, der anscheinend für das Reichsinnenministerium vorgesehen sei. Diese Frage sei jedoch noch nicht entschieden. Die „Germania“ verzeichnet weiter die Anwesenheit von Dr. Bracht und Freiherrn von Neudorff in Berlin. Der Reichskanzler hoffe, seine Kabinettsliste bis Freitagabend abgeschlossen zu haben.

Berlin. Wie die „DZ“ meldet, wird der Reichskanzler am Freitag vormittag u. a. Dr. Bögl, Dr. Silberberg und Dr. Schmitz empfangen. Nach dem Blatt hat der Reichskanzler nach dem Empfang beim Reichspräsidenten am Abend den früheren Reichswirtschaftsminister und langjährigen Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, die Übernahme des Reichsjustizministeriums angeboten. Dr. Scholz habe noch keine endgültige Antwort geben können. Er sehe wohl, so sagt die „DZ“ weiter, auch als Ehrenvorsitzender der Deutschen Volkspartei, keine Möglichkeit in dieser Frage ohne Stellungnahme seiner Freunde zu handeln. Die Entscheidung werde infolgedessen in der Freitagssitzung des engeren Vorstandes der Deutschen Volkspartei fallen.

Dem „Vorwärts“ zufolge hat man am Donnerstag neben Geßler und Bracht auch von Treviranus und Kardorff als künftigen Innenministern gesprochen. Der Name Geßler erregte bei der Sozialdemokratie besonders unangenehmes Aufsehen, womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß einer von den drei anderen erwünscht sei. Im Vordergrund sei Treviranus für das Innere geblieben. Ob das zweite Kabinett Brüning überhaupt auf die Beine komme, sei noch die Frage. Von den Volksparteilern sollen höchstens 3-8 für die Regierung Brüning stimmen wollen, die an-

deren zählten sich schon zur „nationalen Opposition“. Falls Brüning nicht zu Rande komme, erwarte man entweder eine Regierung Eugenbergs oder ein Kabinett der vier Reiter, Luther, Geßler, Cuno, von Gahl. Der „Vorwärts“ spricht im übrigen von einem halben Rückzuge Brünings vor der ganzen sozialen Reaktion. Der „Tag“ berichtet ebenfalls, daß der Reichskanzler auch daran gedacht hat, Treviranus zum Innenminister zu ernennen. Eine Fühlungnahme mit der Sozialdemokratischen Partei habe ergeben, daß die Sozialdemokratie gegen einen Reichsinnenminister Treviranus keinen Einspruch erheben werde. Wenn der Kanzler mit dem Versuch der Kabinettsbildung vor dem Reichstag oder im Reichstag scheitere, müsse er zurücktreten und es müsse die Bildung einer Regierung der nationalen Opposition in die Wege geleitet werden.

Abwartende Haltung der SPD.

Berlin. In der Sitzung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Donnerstag erstattete der geschäftsführende Vorsitzende Dr. Breitscheid Bericht über die politische Lage. Es wurde beschlossen, zunächst die Fraktion für Montag 15 Uhr einzuberufen.

Die Sozialdemokraten nehmen naturgemäß eine abwartende Haltung ein, zumal die Besetzung der neuen Regierung Brüning noch nicht feststeht.

Forderungen der kommunistischen Reichstagsfraktion

Berlin. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat nunmehr außer dem Antrag auf Aufhebung der neuen Notverordnung noch eine ganze Reihe von Anträgen eingebracht, deren Verbindung mit der Beratung der Regierungserklärung sie im Aeltestenrat verlangen will. U. a. wird in den neuen Anträgen gefordert: Aufhebung aller Demonstrationsverbote und aller Verbote kommunistischer Zeitungen, Winterhilfsmassnahmen für die Erwerbslosen, voller Lohn bei Kurzarbeit, Einstellung sämtlicher Zahlungen an Fürsten und Standesherrn, Kirchen und Religionsgesellschaften, Ausweisung der Fürsten und Beschlagnahme ihres Vermögens, Aufhebung der Lebensmittelzölle und Höchstprengrenze von 5000 RM.

England am Wendepunkt

Neuwahlen zur Sanierung des Pfunds?

Die Nationalregierung, die ausschließlich zum Zweck der Sicherheit des Pfunds gebildet wurde, hat ihre Aufgabe nicht erfüllt, kaum nach zwei Wochen ihres Bestandes mußten Macdonald und seine Getreuen die Goldwährung aufheben. „Das Sanierungsprogramm“, welches zwar auf Kosten der breiten Massen das Budget ins Gleichgewicht brachte, konnte nicht verhindern, daß mit der Goldwährung auch Englands Welt Herrschaft ins Wanken geraten ist. Mit aller Energie versuchte sowohl die City, als auch die Liberalen, Neuwahlen zu verhindern, und auch der König griff mit vieler Aktivität ein, um durch Neuwahlen nicht weiteren Schwankungen der englischen Welt Herrschaft Tür und Tor zu öffnen. Die Arbeiterpartei hingegen hat durch ihren Austritt aus der Regierung das Land vor die Frage gestellt: Kapitalismus oder Sozialismus. Natürlich zunächst nur als Wahlparole, aber sollte die soziale Gährung ihr doch die Mehrheit bringen, so würde England vor eine völlig neue Umgestaltung gestellt werden. Vorerst scheint eine absolute Mehrheit der Arbeiterpartei unwahrscheinlich, aber mit den Lord Georges Liberalen wäre es immerhin möglich, daß die Verstaatlichung der Banken, die Kontrolle über die Industrie in großen Maße verwirklicht wird. Die Konservativen hingegen wollen die Entscheidung Freihandel oder Schutz Zoll, damit also offen gegen jeden Fortschritt der Arbeiterklasse und Wiederaufrichtung jener alten Vorkriegsherrschaft, die durch den Krieg in England eine neue soziale Umgestaltung in England gebracht hat.

Es läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen, welche Formen der Wahlkampf annehmen wird. Er ist indessen auf eine außergewöhnlich kurze Frist bemessen, denn die Entscheidung fällt bereits auf den 27. Oktober. Das Parlament ist aufgelöst, aber die Nationalregierung zur Rettung Englands aus der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftsmisere, geht mit keinem Kampforgan in die Wahl Schlacht, sondern unter Führung eines Mannes, an dessen Ehrlichkeit heute in England wohl kaum jemand zweifelt. Macdonald führt nicht nur einen bescheidenen Teil der Arbeiterpartei, sondern auch die Konservativen und Samuel Liberalen in die Wahl Schlacht und glaubt, hierbei den ehrlichen Mäcker zu spielen. Er scheint in diesem Zusammenhang ganz zu vergessen, daß er das erste Opfer sein wird, falls es den Konservativen, mit Baldwin an der Spitze, gelingen sollte, der Nationalregierung eine Mehrheit im Parlament zu sichern. Baldwin zählte 250 Sitze im Unterhaus, und wenn die Samuel Konservativen Lord George nur die Hälfte der Mandate abringen und Macdonald selbst etwa 20 Sitze von der Arbeiterpartei ins Kabinett bringt, so hat die Nationalregierung die Mehrheit, die Konservativen aber auch das Übergewicht, so daß England die Abkehr vom Freihandel droht und es sich mit Zollmauern umgibt, die nachteilig auf die Nachbarländer wirken müssen. Mit einem Sieg der Konservativen wird man sehr rasch Macdonald über Bord werfen und jenes Programm durchführen, welches Baldwin bei allen Nachwahlen verkündigt hatte.

Die Baldwinleute waren es auch, die am schärfsten für Neuwahlen agitieren. Sie wußten sehr wohl, daß ihnen die Felle wegschwimmen werden, wenn die Auswirkung des Pfundsturzes zum Ausdruck kommt. Einstweilen sieht man nur die Verminderung der Arbeitslosenziffern und die ansteigende Konjunktur, nicht aber schon die Steigerung der Lebensmittelpreise und deren Folgen, die geringere Bedeutung der Arbeitslosenunterstützung. Mit der Auswirkung des Pfundsturzes würde auch der Traum der Nationalregierung, die „Sanierung“, verschwinden und soziale Kämpfe um höhere Löhne müßten die Gefolgschaft der Arbeiterpartei vermehren, während jetzt noch die Konservativen alle Möglichkeiten haben, alle Schuld auf das Konto der Arbeiterpartei, die bislang an der Macht stand, abzuschieben. In wenigen Wochen wird England ein völlig anderes Bild ergeben, und diese Situation schien für die Konservativen untragbar. Heute können sie unter Macdonald noch das Rennen gewinnen, morgen hätten sie die Kosten der „Sanierung“ zu tragen, da alle Verantwortung auf die Konservativen abfallen würde, die ja die Mehrheit im Kabinett der nationalen Konzentration bilden. Ein wenig Kommunistenfurcht, und das Wahlprogramm mit Schutz Zoll gegen Freihandel ist fertig. Selbst wenn der Aufruf an die Nation kein bestimmtes Programm enthält, so ist dieser

Einigkeit zwischen Paris und London

Gutes Ergebnis des Readingbesuchs in Frankreich — Dank für die finanzielle Stützung

Paris. Lord Reading ist am Donnerstag nachmittag wieder nach London abgekehrt. Vor seiner Abreise empfing der englische Außenminister die Vertreter der englischen und französischen Presse, denen er eine längere Erklärung abgab. Er sagte u. a., er freue sich, Gelegenheit zu haben, der französischen Regierung persönlich seinen Dank für die finanzielle Unterstützung auszusprechen, die sie England im vergangenen Monat angeboten habe. Er habe seinen französischen Kollegen in aller Offenheit die Lage seines Landes dargelegt, während mit ihm die französischen Minister mit der gleichen Offenheit von der Lage Frankreichs gesprochen hätten. Der Zufall habe es gewollt, daß er sich gerade zu einer Zeit in Paris befunden habe, in der die Mitglieder des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses ernannt worden seien. Diese in Berlin gefundene Lösung sei nicht nur von ihm persönlich, sondern von der gesamten britischen Regierung und der englischen Öffentlichkeit mit besonderer Genugtuung aufgenommen worden. Man sehe darin den Beginn einer neuen Ära für die Beziehungen der europäischen Länder untereinander. Die britische Regierung hoffe, daß die Bemühungen der beiden Länder im Interesse des europäischen Friedens und der Wiederherstellung der europäischen Wirtschaftslage fortgesetzt würden. Die englische Regierung erkläre sich mit Freuden bereit, daran teilzunehmen. Sie bekräftige außerdem die Washingtoner Reise des französischen Ministerpräsidenten und hoffe, daß sie von einem vollen Erfolg gekrönt sein werde.



Ein Militärattaché wird Mönch

Der frühere polnische Militärattaché in Berlin, Oberstleutnant Morawski, will sich vom politischen Leben zurückziehen und in ein Kloster eintreten. Morawski hatte vor wenigen Wochen mit seinem Wagen einen schweren Unfall, bei dem der frühere polnische Ministerpräsident Graf Skapski ums Leben kam. Dieses Ereignis hat ihn so stark erschüttert, daß er jetzt Mönch werden will.

Appell doch so abgefaßt, daß er bei der Mehrheit des Landes den Eindruck erwecken muß: „Rettet England!“ und das ist für die englische Psyche immerhin ein Wahlschlager ersten Ranges, zumal er unter dem Siegel einer Persönlichkeit gegeben wurde, die Parteiinteressen den Staatsinteressen unterordnet hat. Freilich weiß heute nur die Arbeiterpartei, daß dies nur den Konservativen nützen muß.

Die „Sanierungswahlen“ werden auf Kosten der Arbeiterpartei bestritten. Der Antipode Macdonalds, Lloyd George, ist von seiner Krankheit noch nicht dermaßen erholt, daß er aktiv in den Wahlkampf eingreifen kann. Zudem gelang es Macdonald, die Liberalen zu spalten. Lloyd George war es auch, der sich bis zum letzten Augenblick gegen Neuwahlen ausgesprochen hat, weil er sie aktiv nicht beeinflussen kann. Die Liberalen haben umsonst Macdonald unterstützt, die wichtigste Versprechung, Aenderung des Wahlsystems, ist nicht in Erfüllung gegangen, diese Wahlen können aber auch zugleich das Ende des Dreiparteiensystems bedeuten, denn neben den Liberalen werden jetzt mit größerer Kraft die Kommunisten werben, und nicht zuletzt die Mosleygruppe, die sich eine Art nationalsozialistisches Programm zugelegt hat. Welche Bedeutung ihr zukommt, ist nicht ganz sicher, aber da sie ihren Feldzug gegen die Arbeiterpartei richtet, so ist es immerhin möglich, daß sie deren Reihen schwächt. Große Bedeutung kommt noch den Lloyd George-Liberalen und den Kommunisten zu. Sie bilden die Splittergruppen, die aber überwiegend der Arbeiterpartei schaden werden. Die Bildung sogenannter Dreieckswahlen, daß dort Macdonalds Anhänger oder Samuels Anhänger ihre Kandidaturen aufstellen, die Konservativen verzichten und andererseits diese wieder den Baldwinleuten Mandate sichern, sind ein weiterer gefährlicher Umstand für die Arbeiterpartei, die jetzt die Kosten der Regierungsanteilsnahme zu decken haben wird.

Die Aussichten der Arbeiterpartei sind außergewöhnlich schwer zu beurteilen. Zwar ist es auf dem letzten Kongreß noch gelungen, ein umfassendes Programm zu schaffen, mit welchem man Englands Lage vollkommen umwälzen will, aber der Zerlegungsprozeß scheint doch auch hier eingegriffen zu haben. Nach Außen ist die Einheit zwar gewahrt, aber, bezüglich der parlamentarischen Disziplin, haben bereits die Kirwood, Maxton und Fenner Brokway ihre Opposition angemeldet. Die Unabhängigen wollen im Sinne sozialistischer Taktik auf ihre eigenen Wege nicht verzichten, und das wird im Wahlkampf weidlich von der Nationalregierung ausgeschlacht werden. Im allgemeinen scheinen die Chancen der Arbeiterpartei nicht so ungünstig zu sein, wie es die bürgerlichen Blätter aufzuweisen versuchen. Nicht zu bestreiten ist, daß der Arbeiterpartei eine Führerpersönlichkeit, vom Schlage eines Macdonald, fehlt. Diese Person kann der trockene Organisator und harte Dogmatiker Henderson nicht ersetzen, es fehlt ein Snowden und schließlich hat auch, ohne größere Spaltung, der Abgang Macdonalds in dieser Partei die Sympathien verschoben, denn nirgends ist der Wähler an die Partei so wenig gebunden, wie in England. Alles Dinge, die bei einer Erfolgsmessung für die Arbeiterpartei eine nicht unbedeutende Rolle spielen.

Es läßt sich im Augenblick der Auflösung des Parlaments ein übersichtliches Bild nicht geben. Man muß erst den Aufmarsch der Fronten abwarten. Die Nationalregierung wird aber, bezüglich der Sanierung, zu einem Misserfolg führen, denn keine der Richtungen will auf ihre eigenen Programmpunkte verzichten. Die Entscheidung, ob Kapitalismus oder Sozialismus, was sowohl die Konservativen, als auch die Arbeiterpartei anstreben, wird in diesem Wahlkampf noch nicht fallen. Es zeichnen sich im Augenblick nur die großen Linien ab, und diese scheinen zunächst mehr für die Konservativen günstig zu sprechen, während es durchaus möglich ist, daß, auf Kosten der Liberalen, die Arbeiterpartei mit geringen Verlusten aus der Wahlschlacht hervorgeht. Würde der Wahlkampf eine längere Dauer einnehmen, so wäre unter Umständen die Wiederkehr einer Arbeiterregierung wahrscheinlich. Wo dann Macdonald stände, ist noch ungewiß zu sagen, eines ist jedenfalls sicher, er führt diesen Kampf als „Arbeiterkandidat“, und da er sein „Programm der Opfer“ für England aufstellt, sind ihm die Stimmen der Frauen sicher und wenn die Konservativen und Liberalen auf Gegenkandidaturen verzichten, so ist seine Wahl sicher. Was dann, wird sich erst nach den Wahlen ergeben. —A.



Auf Jagd nach Schwarzsendern

Die englische Polizei hat jetzt mehrere Radio-Autos in Dienst gestellt, die mit einer vollständigen Funkanlage ausgerüstet sind. Mit Hilfe dieser Autos will man Funkseindern, die ohne Genehmigung der Post betrieben werden, sowie störenden Klackkopplern das Handwerk legen.

Amerikas Warnung an die Kreditnehmer

Hoover gegen die bisherige Anleihepolitik

New York. Auf der panamerikanischen Wirtschaftskonferenz, die am Donnerstag in Washington eröffnet wurde, hielt Präsident Hoover eine bemerkenswerte Rede, in der er schonungslos die Anleihepolitik der letzten Jahre verurteilte.

Hoover ging dabei soweit, die amerikanischen Bankiers geradezu als mitschuldig an der gegenwärtigen Weltdepression hinzustellen. Alle Völker und Regierungen sollten es sich zum Prinzip machen.

Anleihen weder zu geben noch zu nehmen.

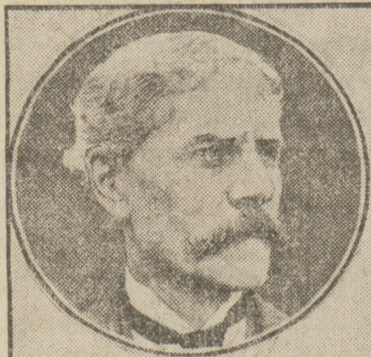
Es sei Pflicht der Regierungen, ihre Bürger vor Anleihen zu warnen, die unproduktiven Zwecken dienen sollten. Insbesondere sei vor Anleihen zu warnen, die von den Regierungen und zum Ausgleich der Staatshaushalte aufgenommen würden,

deren Fehlbeträge durch Rüstungsausgaben oder unproduktive Arbeiten entstanden seien.

Der Präsident betonte weiter, daß die Schwierigkeiten, denen die Welt jetzt gegenüberstehe, sicherlich geringer wären, wenn die Völker diesen Grundsatz, insbesondere in den letzten 5 Jahren verfolgt hätten. Die Anwendung dieser Regel sei vor allem geeignet, neue Kriege zu verhindern. Präsident Hoover erklärte dann wörtlich:

„Finanzielle Transaktionen zwischen den einzelnen Völkern müssen auf der Grundlage beruhen, daß die transferierten Gelder produktiven Zwecken dienen müssen.“

Jede andere Anleihe, so erklärte Hoover weiter, müsse zur Verzerrung des anleihenehmenden Volkes führen. Der Präsident nahm dapon Abstand, auf zollpolitische Fragen einzugehen, obwohl diese der Hauptgegenstand der gegenwärtigen Konferenzberatungen sind. Er betonte sich lediglich in allgemeinen Redewendungen zum Grundsatz der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit aller Völker.



Neuwahlen zum englischen Unterhaus

Blick auf das Parlament von Westminster von der Themse aus. Im Kreis: Der englische Premierminister Macdonald, der am 12. Oktober seinen 65. Geburtstag feiert.

Nach wochenlangen Verhandlungen hat sich der englische Premierminister Macdonald nun doch entschlossen, das Unterhaus aufzulösen und Neuwahlen zum 27. Oktober auszusprechen. Die nationale Konzentrationsregierung wird eigene Kandidaten aus allen drei Parteien in den Wahlkreisen aufstellen.

Wird Zaleski gehen?

Patet bei Pilsudski.

Warschau. Der polnische Gesandte in Moskau Patet, hatte gestern eine längere Unterredung mit dem Kriegswirtschaftsminister über die außenpolitische Situation und die Lage Sowjetrußlands. Es fiel auf, daß Patet aus einem tschechoslowakischen Badeort plötzlich nach Warschau berufen wurde und bald darauf eine Konferenz mit Zaleski hatte. Ursprünglich hieß es, daß bei einer eventuellen Kabinettsumbildung das Amt des Premiers übernehmen solle, da Prjtor für einen anderen Posten vom Marshall ausersehen sei, falls dieser seinen Urlaub nach dem Süden antritt. Heute heißt es in politischen Kreisen, daß Patet das außenpolitische Ressort übernehmen soll, während Zaleski mit einem wichtigen Botschafterposten betraut werden wird. Gewisse Kreise planen schon lange einen Wechsel im Außenministerium, welcher jetzt vollzogen werden soll.

Die Sozialdemokratie hat die Entscheidung

Die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag.

Berlin. In politischen Kreisen ist man eifrig dabei, die Aussichten eines neuen Kabinetts Brünning im Reichstag abzuschätzen. Hinter der Regierung stehen eigentlich nur noch 4 Parteien mit insgesamt 105 Stimmen, nämlich das Zentrum mit 68, die Bayerische Volkspartei mit 19, die Staatspartei mit 14 und die Volkskonservativen mit 4 Stimmen. Die Regierungsparteien rechnen aber noch auf die Unterstützung der kleineren und kleinsten Gruppen, nämlich der Christlich-Sozialen mit 14, der Volksnationalen mit 6, der Deutschen Bauernpartei mit 6 und der Hannoveraner mit 3 Stimmen. Das waren insgesamt 134 Stimmen.

Freie Hand haben sich vorbehalten die Deutsche Volkspartei mit 30, die Wirtschaftspartei mit 23 und die Landvolkspartei mit 19 Mandaten. In scharfer Opposition zur Regierung stehen 23 Abgeordnete, nämlich 107 Nationalsozialisten, 41 Deutschnationalen, 77 Kommunisten, 6 Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei und 3 Landvolkabgeordnete, die sich der Nationalen Opposition angeschlossen haben. Demgegenüber können die Regierungsparteien im günstigsten Falle, wenn sich auch die Mittelparteien, d. h. Deutsche Volkspartei, Landvolk und Wirtschaftspartei, ihnen anschließen, im ganzen nur 206 Stimmen aufbringen. Die Entscheidung über das neue Kabinett Brünning liegt also bei den Sozialdemokraten, die nach der Aufspaltung noch über 137 Mandate von den 577 des Reichstages verfügen. Es genügt nicht, wenn die Sozialdemokraten sich der Stimme enthalten, sondern sie müßten gegen die Mißtrauensanträge stimmen, um das neue Kabinett Brünning zu retten.

Wahl des Bundespräsidenten endgültig durch die Bundesversammlung

Wien. Der österreichische Nationalrat trat am Donnerstag mittag zusammen. Als erster Punkt der Tagesordnung stand der verfassungsändernde Antrag, die Bundespräsidentenwahl durch die Bundesversammlung vornehmen zu lassen. Nach kurzer Aussprache wurde der Antrag mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit in zweiter und dritter Lesung mit allen gegen die Stimmen des Heimatsklodes angenommen.

Der Dollar wackelt!

Der Diskontsatz der New Yorker Federal Reserve Bank erhöht. New York. Die Federal Reserve Bank hat am Donnerstag den Diskontsatz von 1 1/2 v. H. auf 2 1/2 v. H. erhöht.

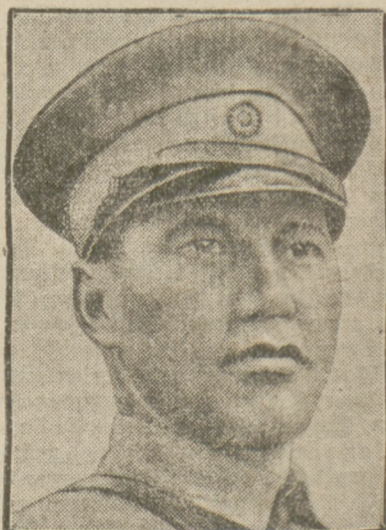
Nach einer Meldung aus Washington hat der Gouverneur der Federal Reserve Bank in New York, Garrison, Präsident Hoover davon unterrichtet, daß der vorgesehene 500-Millionen-Stützungs fonds der amerikanischen Großbanken innerhalb der nächsten 48 Stunden organisiert sein werde.

Scharfe Zurückweisung der japanischen Beschwerden

Schanghai. Die chinesische Antwortnote an Japan wegen der in China ausgebrochenen japanfeindlichen Bewegung wird am Donnerstag dem japanischen Geschäftsträger in Nanjing übermittelt werden. Die Note weist alle japanischen Beschwerden scharf zurück und erklärt, die Wiederherstellung des normalen Verhältnisses zwischen Japan und China könne nur erfolgen, wenn Japan seine Truppen aus chinesischen Gebieten zurückberufe. Maßnahmen gegen die japanfeindliche Boykottbewegung könne die Nanjingregierung beim besten Willen nicht treffen.

Für sofortige Verlängerung des Moratoriums

New York. Der Präsident der mächtvollen amerikanischen Arbeitergewerkschaft, Green, forderte in einer in Vancouver gehaltenen Rede die sofortige Verlängerung des Moratoriums, die Revision der Kriegsschuldenabkommen sowie den Abbau der Zolltarife.



Chinas Präsident tritt zurück

Nach Meldungen aus China will der Präsident der Nationalregierung, Wangschall Tschiangkaihsch, zurücktreten.

Polnisch-Schlesien

Grzejkowice will „einheiraten“

Was „Einheiraten“ ist, dürfte unseren Lesern bekannt sein. Man braucht nur eine bürgerliche Zeitung zur Hand zu nehmen, besonders eine Sonntagsausgabe, so findet man unter den zahlreichen Inseraten gewöhnlich mehrere solche Inserate über das „Einheiraten“. Da ist ein junger Kaufmann, ein guter Katholik, mit allen Raffineszen der lautmännlichen Wissenschaft ausgerüstet, ist selbstverständlich hübsch, bezw. eine „hübsche Erscheinung“, der in ein Schnittwaren- oder gar in ein Buttergeschäft einheiraten will. Leider verschweigen später die bürgerlichen Presseorgane, ob der Kaufmann sein „Buttergeschäft“ tatsächlich gefunden hat, aber man kann annehmen, daß seine Sehnsucht erfüllt wurde. Zu einem Buttergeschäft gehört auch ein bißchen Liebe, und dazu gehört ein Weiblein und ein Männlein.

Nun hat es den Anschein, daß auch die Gemeinde Grzejkowice ein „Buttergeschäft“ sucht, um „einheiraten“ zu können. Zu zweien ist es doch viel schöner, als allein und einsam durch das Leben zu wandern, besonders wenn man kein Geld in der Tasche hat. Darauf kommt es hauptsächlich an. Der junge Kaufmann, mit seiner „hübschen Erscheinung“, sucht eigentlich nicht so sehr das Buttergeschäft, sondern mehr das Geld, und mit Grzejkowice steht die Sache auch nicht anders. Der Bürgermeister von Grzejkowice wurde in den Jahren 1927 und 1928 durch die allgemeine „Schaffungsfreude“ mitgerissen. Er baute tüchtig drauflos. Ihm genügte nicht allein die große mechanische Bäckerei, die nicht genügend modern sein konnte, er baute auch Blochhäuser. Das Letztere war zwar sehr nützlich und erforderlich gewesen. Auch die „Manna“-Bäckerei war nützlich und erforderlich, aber man muß nicht nur das Bauen, sondern auch das Verwalten verstehen. Grzejkowice hatte das Bauen verstanden, aber nicht das Verwalten. Beim Verwalten ließ man sich auch durch die „Schaffungsfreude“ leiten, und hat in knapp zwei Jahren sowohl die Blochhäuser als auch die „Manna“-Bäckerei in den Grund verwalter. Jetzt muß etwas Besonderes geschehen, um aus der Klemme herauszukommen. Annähernd 4 Millionen hängen in der „Manna“ und zwei Millionen in den Blochhäusern, und zwar fremdes Kapital. Werden noch die alten Kommunalgebäude zu den vorerwähnten zugezählt, dann bleibt vom eigenen Gemeindevermögen wohl kein einziger Groschen fremder Kapitalien unbelastet. Hier muß etwas Besonderes geschehen, wenn man aus dem Säcklamajel herauskommen will. Das große Los kann Grzejkowice nicht mehr retten, weshalb andere Wege gesucht werden müssen. Wer sucht, der findet, sagt ein Sprichwort, und es hat den Anschein, daß Grzejkowice etwas gefunden hat. Die Gemeinde ist nämlich „heiratsfähig“ und auch „heiratslustig“, nur sucht sie ein „Buttergeschäft“, um „einheiraten“ zu können. Dieses „Buttergeschäft“ wurde gefunden, und das ist die Gemeinde Schwientochlowitz. Grzejkowice macht Augen in der Richtung nach Schwientochlowitz und zeigt auf das Herz, wo eine Art „Liebesregungen“ voranden sein sollen. Die Sache reimt sich vorzüglich, da Schwientochlowitz tatsächlich kein Oberhaupt besitzt. Der frühere Gemeindevorsteher, Wackermann, wurde davongejagt. Wohl ist dort ein kommissarischer Wojt im Amte, aber er kann sich mit dem Oberhaupt von Grzejkowice nicht einmal messen. Er kann keine mechanischen Bäckereien bauen. Grzejkowice könnte sich doppelt das Leben „verbutteren“, denn durch eine „Einheirat“ nach Schwientochlowitz könnte der letzteren Gemeinde das Oberhaupt die Schulden samt der „Manna“-Bäckerei als „Mitgift“ vermachen. Dieser ideale Traum über die „Einheirat“ ist noch nicht ausgeführt, weil die Besitzerin des „Buttergeschäftes“ vorläufig noch nicht „nein“ gesagt hat. An Brautführern fehlt es allerdings nicht, und man muß abwarten, ob die Heiratspartie zustande kommen wird. Die verwitwete Gemeinde Schwientochlowitz wird sich die Sache vorläufig noch überlegen, ob sie die „Einheirat“ in das „Buttergeschäft“ des „hübschen Jünglings“ mit seiner „hübschen Erscheinung“, aber ein wenig liederlich, genehmigen soll oder nicht.

Um die Einstellung der Hubertushütte

In Abwesenheit sämtlicher Betriebsratsmitglieder der Hubertushütte, sowie einiger Gewerkschaftsvertreter fanden am 8. Oktober, vormittags 11 Uhr, beim Demobilisationskommissar Verhandlungen statt, worin über die beabsichtigte Stilllegung der Hubertushütte entschieden werden sollte. Von Seiten der Verwaltung waren die Herren Oberhüttendirektor Pawłowski, Direktor Mydzinski, Dr. Poninski und Dr. Czech anwesend. Nachdem beide Parteien gehört worden sind, erklärte der Demobilisationskommissar, die Entscheidung hinauszuschieben zu müssen, um das Material nochmals einer genaueren Durchsicht zu unterziehen und erforderlichenfalls die Verhältnisse an Ort und Stelle nachzuprüfen. Von Arbeitnehmenseite wurde im Verlauf der Verhandlung der Einwand erhoben, die von der Verwaltung beantragte Einstellung der Hubertushütte wäre formell nicht richtig eingebracht worden, da, wie in der Verhandlung festgestellt werden konnte, in dem Einstellungsantrag die gleichfalls zur Hubertushütte gehörige Koferei nebst Maschinenbetrieb usw. nicht eingegriffen ist. Nach über einstündiger Verhandlung wurde dieselbe mit obigem Ergebnis für beendet erklärt. Die circa 1000-köpfige Belegschaft der Hubertushütte richtet noch einmal in letzter Stunde an den Demobilisationskommissar und die in Frage kommenden Behörden das dringlichste Ersuchen, für die Einstellung der Hütte die Genehmigung nicht zu erteilen.

Arbeiterreduktion auf der Dubenskoigrube

Die Verwaltung der Dubenskoigrube wollte 500 Arbeiter abbauen und stellte einen solchen Antrag beim Demobilisationskommissar. Die Entscheidung über den Abbau der Arbeiter wurde vorläufig vertagt und die Sache einer Prüfung unterzogen. Nun hat der Demobilisationskommissar darüber entschieden und genehmigte eine Reduktion von 200 Arbeitern, die in dem Zeitraum von 6 Wochen zur Entlassung gelangen werden. Bekanntlich besteht die Arbeit der Dubenskoigrube überhaupt einzustellen, weil die neue zusammengelegte Gesellschaft so viel Gruben gar nicht braucht.

Die Spółka Bracka sabotiert die Sozialgesetze

Ablehnung des Demobilisationsgesetzes durch die Verwaltung — Auch der Schlichtungsausschuß wird abgelehnt — Das höchste „Heilungsorgan“ — 120 000 Zloty für den Vertrauensarzt

Die Angestellten der Spółka Bracka stehen bekanntlich im Abwehrkampf gegen den Anschlag auf die Stündige Arbeitszeit. Unbestimmt um alle gesetzlichen Bestimmungen über die Stündige Arbeitszeit hat die Verwaltung der Spółka für alle Pileger die 10- bzw. 12stündige Arbeitszeit in den einzelnen Spitätern eingeführt. Die Arbeitergewerkschaften haben gegen die Mißachtung der gesetzlichen Bestimmungen Protest erhoben, haben auch beim Arbeitsminister in Warschau interveniert, wo man ihnen die Regelung dieser Frage in Aussicht stellte. Als die Verwaltung auf ihrem Standpunkt beharrte und eine Verhandlung mit den Arbeitergewerkschaften betreffs der Regelung der Arbeitszeit ablehnte, wandten sich die Angestelltenvertreter an den Demobilisationskommissar. Der Demobilisationskommissar hat bei der Verwaltung der Spółka interveniert, aber seine Bemühungen blieben erfolglos, weil die Verwaltung sich auf dem Standpunkt stellte, daß

der Demobilisationskommissar für die Streitfrage nicht zuständig sei.

Daraufhin wurde die Angelegenheit an den Schlichtungsausschuß weitergeleitet, der darüber zu entscheiden hatte, ob er für diesen Streitfall zuständig sei.

Der Schlichtungsausschuß erklärte sich für die Zuständigkeit, und gegen diese Entscheidung steht kein Berufungsrecht mehr zu.

Doch hat der Leiter der Spółka Bracka, Dr. Potyla, erklärt, daß die Verwaltung ihren Grundsatze nicht ausgeben wird, weil der Schlichtungsausschuß nach seiner Auffassung nicht zuständig sei.

„Czort swoje, baba swoje“, sagt ein polnisches Sprichwort, und das trifft hier voll und ganz zu. Die Sozialbehörden erklärten sich im Arbeitsstreitfall für kompetent, während die Spółka Bracka die Zuständigkeit ist bestreitet.

Inzwischen wird aber in allen Spitätern der Spółka 10 bis 12 Stunden täglich gearbeitet und wer sich weigert, der fliegt. Geflogen ist schon so mancher, weshalb sich die Angestellten fügen müssen, wenn sie nicht auf die Straße gelangen wollen. Und das geschieht alles in einer Sozialeinrichtung, die von den Arbeitergroßen lebt und von den Arbeitergroßen aufgebaut wurde. Recht und Gesetz wird durchbrochen und mißachtet und es gibt keine Mittel, um die Verwaltung der Spółka zur Befinnung zu bringen. Dafür

werden fleißig neue innere „Reformen“ in der Spółka durchgeführt. Der „Blagierel“ berichtet, daß Professor Dr. Rutkowski aus Krakau demnächst als das höchste „Heilungsorgan“ den Posten in der Spółka Bracka übernehmen wird.

In Tarnowitz wird diese Meldung bestätigt, und das hat so viel zu bedeuten, daß tatsächlich ein Oberheilvergänger in der Spółka Bracka geschaffen werden soll.

Nach dem Statut der Spółka ist ein Vertrauensarzt vorgesehen. Diese Funktion wird gegenwärtig durch zwei Ärzte ausgeübt. Mit diesem System soll gebrochen werden, und es soll ein besonderer Arzt, der keine anderen Funktionen ausüben wird, engagiert werden. Im Statut befindet sich aber keine Bestimmung über die Schaffung eines höchsten „Heilungsorgans“. Diesen Posten soll gerade Professor Dr. Rutkowski übernehmen. Was für eine Funktion wird dem Professor zufallen? Als Gehalt sind für den Professor 5000 Zloty monatlich vorgesehen. Die finanzielle Lage der Spółka läßt viel zu wünschen übrig. Das Personal wird abgebaut und es wird bis zur Lächerlichkeit an allen Ecken und Enden gespart. Die Arbeitszeit der Angestellten wird verlängert, die Gehälter und die Renten abgebaut. Auch an Arzneien wird gespart, und dennoch rechnet man mit einem Defizit in diesem Jahre. Deshalb erscheint es völlig unverständlich, daß gerade in dieser Zeit eine neue Stelle in der Spółka geschaffen werden soll, und zwar mit einem Gehalt von 60 000 Zloty jährlich. Diese Stelle wird aber noch einmal so viel kosten, denn das höchste „Heilungsorgan“ wird Bioräume mit Personal und sicherlich auch ein Dienstauto haben müssen. Da werden kaum 120 000 Zloty jährlich ausreichen. Der „Kurjer Slonski“ ist der Meinung, daß hier

persönliche Rücksichten gewisser Herren im Vorstand der Spółka Bracka eine Rolle spielen, und daß die Mitglieder diese neue Einrichtung ablehnen werden. Auch rein praktisch gesehen, werden die Mitglieder von dieser neuen Einrichtung keinen Nutzen haben. Im besten Falle wird die Mehrausgabe durch Einschränkung der Heilmittel weitgemacht, wodurch die Versicherten in Mitleidenhaft gezogen werden. Die Verwaltung der Spółka Bracka hat hier die Pflicht, die Sache öffentlich aufzuklären, worauf die versicherten Mitglieder ein Recht haben.

Lohntarif in den Eisenhütten revidiert

Die Arbeitgeber haben den Lohntarif in den Eisenhütten zum 1. November gekündigt. Die Kündigung bezieht sich nicht auf die Akkordsätze, die erst vor einigen Wochen abgebaut wurden.

Die Eintrachthütte baut 212 Arbeiter ab

Der Demobilisationskommissar genehmigte eine Arbeiterreduktion auf der Eintrachthütte. Am 16. d. Mts. gelangen mithin 212 Arbeiter zur Entlassung.

Ein Unglücksfall auf Friedensgrube

Ein Toter und ein Schwerverletzter.

Auf der dem Hüttenwert Friedensgrube gehörenden Grube ereignete sich gestern ein gräßlicher Unglücksfall, der ein Menschenleben vernichtete und einen zweiten Arbeiter erheblich verletzte. Durch herabstürzende Kohlenmassen wurde der 30jährige Arbeiter Stanislaus Pawłowski aus Bielschowitz zugeschnitten und getötet. Ein zweiter Arbeiter, August Niemiec aus Reudorf, rettete sich durch die Flucht von der gefährlichen Stelle und erlitt dabei Verletzungen. Die Rettungsarbeiten wurden sofort eingeleitet und als die Kohlenmassen weggeschafft wurden, fand man darunter die zerquetschte Leiche des Arbeiters Pawłowski. Die Leiche wurde in die Totenhalle der Spółka Bracka geschafft. Ueber die Ursache des Unglücks wird nichts gesagt, aber wir kennen sie. Die Rationalisierung, auf deutsch die wilde Antreibung der Arbeiter zur Schusterrei, hat hier ein Menschenleben erfordert. Man hat nämlich keine Zeit zur Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen, um das Leben des Arbeiters zu schützen.

Eine Belehrung für die Angestellten

Die Versicherungsanstalt für die Angestellten, heute mit dem Sitz in Warschau, macht die arbeitslosen Angestellten darauf aufmerksam, daß der Zuzahl erst dann die Unterstützung zahlt, wenn der Angestellte mindestens 6 Monate des Jahres, in welchem die Arbeitslosigkeit eingetreten ist, versichert war. Die Versicherungszeit wird vom Tage der Anmeldung bei der Anstalt gerechnet. Es liegt daher im Interesse eines jeden Angestellten, wenn er noch im Arbeitsverhältnis steht, festzustellen, ob er im Zuzahl versichert ist. Ist das nicht der Fall, dann hat der Angestellte den Zuzahl davon zu verständigen. Der Zuzahl wird dann die Beiträge von der Firma einzahlen und dadurch werden die Rechte des Versicherten gewahrt.

Ein Projekt über Erhöhung der Weinsteuern

Beim Sejm wurde ein Regierungsprojekt über Erhöhung der Weinsteuern eingebracht. Das Projekt betrifft in erster Linie Obstweine, aber auch Schaumweine. Außerdem ist eine Ausgleichung des Steuerjahres zwischen Rosinenwein und sogenannten künstlichen Weinen, einerseits und dem Traubenwein andererseits geplant. In dem neuen Gesetz wird eine genaue Definition der der Besteuerung unterliegenden Weine gegeben, die niedrigste und die höchste Grenze des Alkoholgehaltes der beiden festgelegt, die dem Gesetz unterliegen. Ferner wird eine Reihe von ergänzenden Vorschriften herausgegeben über die gesetzliche Normierung auf dem Gebiete der Produktion und der Kontrolle.

Kattowitz und Umgebung

Winterkartoffelversorgung für Arbeitslose und die ärmste Bevölkerung.

1. Welche Kategorien sind versorgungsberechtigt?
Nachstehende wichtige Bekanntmachung, sowie den Verteilungsplan, betreffend die diesjährige Winter-Kartoffelversorgung für Arbeitslose und die ärmste Bevölkerung, gibt der Kattowitzer Magistrat zur Veröffentlichung:
Empfangsberechtigt sind a) Arbeitslose, b) Arbeitsunfähige und c) Arme, das heißt, die allerbedürftigsten Personen, sofern sie nicht in Lage sind, sich aus eigenen Mitteln mit Winterkartoffeln für das Jahr 1931-32 einzudecken. Es würde sich hierbei also in der Hauptsache um nachstehende Personen handeln:
1. Arbeitslose, welche in den kommunalen Arbeitsvermittlungsbüros registriert sind, und zwar in erster Linie diejenigen, welche keine Beihilfen oder Unterstützungen beziehen; 2. Sozial- und Kriegsrentner, welche eine Alters- bzw. Invaliditätsrente beziehen, sofern sie teilweise oder gänzlich arbeitsunfähig sind; 3. die ortsanhörigen Armen und 4. sämtliche anderen Kategorien von Bedürftigen, welche infolge Arbeitsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit der öffentlichen Wohlfahrtspflege anheim fallen.

Es wird jedoch noch darauf ausdrücklich hingewiesen, daß den unter 1 bis 4 angeführten Personen eine entsprechende Kartoffelmenge nur dann zugewiesen werden kann, sofern sie einen eigenen Hausstand führen. Diese Bedingung findet jedoch auf Greise und Greisinnen, Siehe u.w. keine Anwendung, wenn diese infolge ihrer Gebrechheit gar nicht in der Lage sein sollten, einen eigenen Hausstand zu führen. Das in Frage kommende Kartoffelquantum wird dann denjenigen Personen zugeteilt, welche mit der Obhut dieser gebrechlichen Personen betraut sind.

2. Wer ist von der Kartoffelversorgung ausgeschlossen?

Mit Ausnahme derjenigen Personen, welche vorweg angeführt worden sind, werden Winterkartoffeln nicht gewährt:

1. Für Ledige, welche zwar einen eigenen Hausstand führen, deren durchschnittliches Monatseinkommen jedoch 80 Zloty übersteigt. (Ledige, die keinen selbständigen Hausstand führen, sind von vornherein von der Kartoffelversorgung ausgeschlossen. Siehe Abschnitt 1).
2. armen Familien, bestehend aus 1 bis 2 Personen, sofern der monatliche Durchschnittsverdienst mehr, als 110 Zloty, aufweist;
3. armen Familien, bestehend aus 3 bis 5 Personen, deren durchschnittliches Monatseinkommen, mehr als 150 Zloty beträgt;
4. armen Familien, bestehend aus 6 und mehr Personen, deren durchschnittliches Monatseinkommen mehr als 220 Zloty beträgt.

Das Gleiche gilt, von Personen zu sagen, welche in einem gemeinsamen Haushalt verbleiben. Bei der Errechnung des monatlichen Durchschnittseinkommens werden die Einnahmen für den Zeitraum der letzten fünf Monate zugrunde gelegt.

Zu bemerken ist, daß die Kartoffelzuweisung in einer bestimmten Reihenfolge vor sich geht und zwar so, daß die allerärmsten Personen in erster Linie berücksichtigt werden. Die unter Abschnitt II, 1 bis 4 bezeichneten Personen werden gegen

Bieliż, Biala und Umgegend

Bieliż und Umgebung

Deine Zeitung.

Wie der Mensch leblich nur in gesunder Umwelt gedeihen kann, so hat er auch geistig und seelisch eine Atmosphäre nötig, die seinem inneren Menschen dient.

Nichts aber bedeutet so sehr die geistige Atmosphäre des Menschen wie seine Zeitung. Denn sie erscheint täglich. Sie wird täglich gelesen. Sie zwingt sich uns allen geradezu auf.

Das Buch, das da liegt oder steht, das wartet. Das ließt du morgen oder übermorgen gern. Aber die Zeitung von heute willst du heute lesen. Sie ist morgen veraltet. Und so zwingt uns die Zeitung zur täglichen Lektüre. Sie ist das wichtigste geistige Lebensmoment.

Darum muß deine Zeitung deinem Wesen entsprechen. Es ist nicht gleich, welche Zeitung du ließt. Du mußt als Sozialist deine sozialistische Zeitung lesen!

Sie bringt dir die Wahrheit, da sie nicht in den Interessen der herrschenden Ordnung gewurzelt ist. Sie kämpft für die Freiheit, wie sie es seit Jahrzehnten getan. Sie gibt dir auch in Notzeit dennoch den Lichtblick aus dem Dunkel heraus, weil sie aus allen Kriensgeschichten heraus den rettenden Gedanken der Zukunft sieht.

Die sozialdemokratische Zeitung sei dir dein Halt! Ihr gelte darum deine Treue!

Das Leben ist leichter zu ertragen, wenn wir uns täglich von der seelischen Last der Not befreien durch das einende Wort des Protestes, des Wollens, der Ueberzeugung und des Glaubens.

Darum leset und verbreitet die „Volksstimme“.

Stadttheater Bieliż. Freitag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Abonnement (Serie rot), „Sturm im Wasserglas“, Komödie von Bruno Frank. — Samstag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr (außer Abonnement), zum ersten Male: „Vorunterjuchung“, von Mag. Alberg und Otto Ernst Heise. Die besondere Zugkraft, die „Vorunterjuchung“ überall ausgeübt hat, veranlaßt uns dieses Stück am Samstag und Sonntag zu bringen. Dieses Stück muß man gesehen haben! Ueber dieses Stück spricht alles. In Wien hatte „Vorunterjuchung“ eine Besucherzahl von 174 000 Personen aufzuweisen, in Berlin 250 000, an den übrigen 255 Bühnen Deutschlands haben 3 480 000 Menschen Vorstellungen von „Vorunterjuchung“ besucht. Es spielen die Damen Walla, Flatz-Landau, Land, Fleischmann und Kurz, sowie die Herren: Kaiser, Kaval, Reichert, Zimmermann, Schüller, Preles, Reiffert, Dr. Germann, Soewj, König und Ziegler.

Ein Rohheitsakt. Es gibt in der gegenwärtigen schweren Zeit doch noch Leute, denen es so gut geht, daß sie vor Uebermut nicht wissen, was sie alles treiben sollen. Das sind gewöhnlich solche, welche es sich auf Kosten der schlecht bezahlten Arbeiter erlauben können, verschiedene Extravaganzen auszuführen. Am Montag, um 1/2 12 Uhr nachts, spielte sich in der Nähe des Hotels „Präsident“ ein Vorfall ab, der von einer ungeheuren Rohheit und zugleich von einem Uebermut zeugt. Ein Fabrikant, namens Schwarz, begann mit seinem Chauffeur einen Riesenspektakel wegen einer geringfügigen Sache. Das Empörende bei der Szene war, daß der Fabrikant den Chauffeur noch ohrfeigte und herumborgte. Es sammelte sich eine große Menge Neugieriger, die Zeugen dieses Rohheitsaktes waren und auch ihrem Anmut darüber deutlich Ausdruck verliehen. Von diesen Zeugen wurde dieser Rohling als der Ziegelsteiner Schwarz aus Sajbusch erkannt. — Dieser Vorfall beweist wieder, wie übermütig die Fabrikanten werden, wenn ihnen Hunderte von Arbeitslosen hies zur Verfügung stehen, andererseits zeugt er aber auch von einem sehr niedrigen Bildungsgrad dieses Fabrikanten.

Aufruf. Am 29. April 1931 waren es 25 Jahre, daß die h. v. Rettungsabteilung sich freiwillig in den Dienst der Humanität gestellt hat. Während dieser 25jährigen Tätigkeit hat die Abteilung wo und wann immer man ihre Dienste berechtigt forderte ihr bestes Können und ihre ganzen Kräfte dem öffentlichen Wohle zur Verfügung gestellt. 126 972 Verunglückte und Kranke aus allen Ständen der Bevölkerung, sind in diesen Jahren der selbstlosen Hilfeleistung durch die Samariter teilhaftig geworden. Als Markstein des Jubiläumsjahres kann die langersehnte Errichtung eines eigenen würdigen Heimes der Rettungstation gewertet werden. Das nun überlassene alte Feuerwehrtdepot wurde von Grund aus für unsere Zwecke umgestaltet und neu hergerichtet. Außerdem mußte ein neues Krankentransportauto angeschafft werden. Hierfür wurden alle Ersparnisse der Station geopfert. Ungeachtet der Zuwendun-

Standgerichte und nationalistisches Hektreiben

Im ganzen Staate sind Standgerichte eingeführt worden.

Die Einführung der Standgerichte ist im Warschauer Sejm einer gehörigen Kritik unterzogen worden.

Die janatorische Presse verhöhnt oftmals die oppositionellen Kreise, daß das Volk und die Beamten trotz Brest, der Wirtschaftskrise und der Reduktion der Staatsangestelltenbezüge sich ruhig verhält.

Wozu waren dann die Standgerichte notwendig? Immerhin sind sie ein warnendes Signal. Sie bedeuten, daß etwas faul ist „im Staate Dänemark“, wenn sie trotz der angeblichen Ruhe eingeführt wurden.

Die Bieliżer Nationalisten sind auf der Suche nach Opfern der Standgerichte.

Sie haben an den Straßenecken große Plakate angeklebt, in welchen — das ist keine Uebertreibung — als Feinde des Staates aufgezählt werden:

1. alle Deutschen (denn alle Deutschen sind natürlich Hochverräter);
2. Kommunisten;

An die arbeitende Bevölkerung von Bieliż-Biala und Umgebung.

Parteienossen und Genossinnen!
Geistige Arbeiter!
Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Kriegsgefahr steigt in immer größerem Maße. Alle Völker und Staaten, welche von bürgerlich-kapitalistischen Regierungen beherrscht werden, bereiten sich zu massenhaften Rüstungen vor. Diese Kriegsrüstungen kosten viele Milliarden. Für den Militarismus werden jetzt ungemein höhere Summen Geldes verschleudert, als vor dem Weltkrieg. Zu einer Zeit, wo Millionen armer Arbeitsloser vor Hunger und Entbehrungen zugrunde gehen, versammeln sich die Reaktionsäre aller Schattierungen zu sogenannten Abrüstungskonferenzen, um nach diesen mit einem intensiveren Wettrennen einzusetzen. Die Sozialisten der ganzen Welt protestieren mit aller Entschiedenheit gegen das beabsichtigte Morben der unschuldigen arbeitenden Bevölkerung. Zu diesem Zwecke richten wir den Appell an die arbeitende Bevölkerung aller Staaten und aller Völker, dahin zu wirken, daß sämtliche Rüstungen Einhalt geboten wird und vorhandene Konflikte unter den Völkern beigelegt werden.

In unserem Industriegebiete wird von der Deutschen sozialistischen Arbeitspartei, der polnischen sozialistischen Partei und den tschechischen Genossen für

Montag, den 12. Oktober 1931, um 4.30 Uhr nachmittags, ins Arbeiterheim, eine große Demonstrations-Versammlung einberufen, um gegen den Krieg, gegen alle Kriegsrüstungen und für den allgemeinen Völkerrfrieden zu demonstrieren.

Referenten: Gen. Chobot, Abgeordneter des tschechischen Parlaments; Gen. Dr. Gliedsmann, Abgeordneter des Schlesj. Sejms; Abgeordneter Gen. Czajinski und Abg. Gen. Neger.

Erscheint in Massen! Hoch der Völkerrfriede! Nieder mit dem Krieg und den Kriegsrüstungen! Die Deutsche sozialistische Arbeitspartei. Die poln. sozialistische Partei von Bieliż u. Biala.

gen der Gemeinde, bezw. der Sparkasse Bielsko sind noch Schulden in beträchtlicher Höhe zu tilgen. Aus diesem Anlaße beabsichtigt die Abteilung am Sonntag, den 11. Oktober 1931 einen Sammltag abzuhalten, damit sie durch die einlaufenden Spenden in die Lage kommt einen Teil der Kosten der durch den Ankauf des neuen Krankenautos und die Durchführung der Reapierungsarbeiten des neuen Rettungsheimes entstandenen Mehrausgaben zu decken.

Zu Verlust geratener Ueberzieher. Bei der am Samstag, den 3. Oktober l. J. im Bieliżer Arbeiterheim stattgefundenen Vorstellung der Volksbühne Biala-Lipnik ist einem Arbeitslosen ein neuer, graublauer Herbstüberzieher verloren gegangen. Wenn jemand in der Lage ist über das Verschwinden desselben Aufklärung zu geben, wird hiermit freundlichst ersucht, davon in der Redaktion der „Volksstimme“ Mitteilung zu machen.

3. alle Partijniki.

In den östlichen Randgebieten werden von den Nationalisten als Hochverräter alle Ukrainer und Weißrussen, von den Antisemiten alle Juden, bezeichnet.

Diese Gesellschaftsschichten sind groß, sehr groß, zweifellos die Mehrheit des Volkes. Es drängt sich die Frage auf: ist nicht die Zahl der Hochverräter, Kandidaten für die Standgerichte, etwas zu groß?

Ähnliche Plakate, wie sie unlängst in Bieliż gelehrt wurden, sind im November vorigen Jahres in Kattowitz erschienen. Diplomaten intervenierten. Die Plakate sind sofort verschwunden. Jetzt wagen sich die Nationalisten nicht mehr in die Hauptstadt der Wojewodschaft heraus. Sie vertriehen sich in die Provinzstädte.

Diesen Nationalisten sollte man einen Maulkorb anlegen.

Aber die Zensoren, die mühsam in der Presse nach Worten suchen, um sie zu konfiszieren, sehen diese aufgehängten Plakate, wissen, daß die Aufreizung gegen Nationen und Klassen strafbar ist, konfiszieren aber die Plakate nicht...

Nichtigstellung. In der letzten Freitagnummer der „Volksstimme“ vom 9. Oktober ist im Bieliżer Teil ein Artikel „Veränderungen im Wirtschaftssystem oder des Wirtschaftssystems“ ein Druckfehler unterlaufen. In der 19. Zeile soll es anstatt Mietverhältnis richtig heißen Mißverhältnis.

Berichtigung.

Von unserem ungewollten Mitarbeiter erhalten wir wieder folgende Berichtigung:

Auf Grund des Pressegesetzes vom 17. Dezember 1862 (Reichsgesetzblatt Nr. 6 ex 1863) erlaube ich um gefällige Aufnahme folgender Berichtigung zu dem in Ihrem Blatte Nr. 221, vom 26. September 1931, Seite Nr. 6 erschienenen Artikel unter dem Titel „Wunderliche Anordnung eines Krankenkassenarztes“ in der nächsten Nummer, an derselben Stelle und mit denselben Lettern:

Unwahr ist, daß ein, beim Bäckermeister Jalk in Kamis beschäftigter Bäckergehilfe, eine Verletzung der rechten Hand durch Verbrühung sich zuzog, daß dieser Gehilfe arbeitsunfähig war, daß die verbrühete Stelle unter dem Ellbogen bis zum Handgelenk war, und daß am 23. September, als er in der Bieliżer Krankenkasse beim Arzt gewiesen war, aus der Wunde schon eine gelbe Flüssigkeit rann.

Wahr ist hingegen, wie auf Grund der amtlichen Erhebungen festgestellt wurde, daß der bezügliche Gehilfe am genannten Tage in der hiesigen Krankenkasse beim Arzt mit einer leichten Verbrühung 1. Grades am linken Vorderarm in Form von Hautröte in der Größe von einem 20-Groschen-Stück in einer Entfernung von 5 Fingern oberhalb des Handgelenkes gelegen, sowie mit einer solch gleichnamigen, in der Größe von einem 50-Groschen-Stück, ebenso 7 Finger oberhalb vom Handgelenk entfernt gelegen, erschienen ist, welche die Arbeitsunfähigkeit nicht veranlaßt hat. Von der Befehlung des ordnierenden Arztes, im Falle der Unzufriedenheit sich mit der Beschwerde an den Chefarzt zu wenden, hat der Patient keinen Gebrauch gemacht; er arbeitete weiter. Am 28. September, als er erfuhr, daß der Arzt von der Kasse zur Untersuchung kommt, legte er den Verband, den er nicht getragen hat, am Vorderarm wieder an und äußerte sich zu einem seiner Mitarbeiter: „Man wird müssen die Haut etwas aufreißen, damit dies nach etwas aussieht“. Und tatsächlich hat die Verletzungskommission beim Patienten, außer den oben angeführten alten Hautrötungen, im Mittelpunkt der größeren Hautröte, eine kleine äußerliche Hautabschürfung, welche nicht blutete, trocken war und die Größe einer Erbse hatte, festgestellt.

Unwahr ist, daß Leute von Krankenkassenärzten als arbeitsfähig erklärt wurden, die schon den Todestimm in sich hatten und nach wenigen Tagen starben.

Wahr ist hingegen, daß kein einziger solcher Fall in der hiesigen Krankenkasse konstatiert wurde.

Komisarj Jarzadzajac:
Henryk Jikus.

Wir kommen auf diese Berichtigung noch zu sprechen.

Wo die Pflicht ruft!

Wochenprogramm des Vereins jugendlicher Arbeiter Bieliż.

Samstag, 10. Oktober, 6 Uhr abends, Kassenrevision.
Sonntag, 11. Oktober, 6 Uhr abends, Volkstanzabend und Spielabend.
Die Vereinsleitung.

Altbieliż. Am Sonntag, den 11. Oktober l. J., findet um 10 Uhr vormittags im Gasthaus Andreas Schubert, eine Mitgliederversammlung des sozialistischen Wahlvereins „Vorwärts“ statt. Die Mitglieder werden hiermit aufgefordert, vollständig zu erscheinen, da bei dieser Versammlung ein lehrreicher Vortrag gehalten werden wird.

Alexanderfeld. (Für die Winterportler.) Am Montag, den 12. Oktober l. J., findet die gründende Versammlung einer Skiabteilung des Touristenvereines „Die Naturfreunde“ um 7 Uhr abends im Arbeiterheim Alexanderfeld statt. Alle Winterportler und solche die es auch werden wollen, werden ersucht bestimmt bei dieser Versammlung zu erscheinen. Unbemittelten und Arbeitslosen werden Skier gegen eine kleine Leihgebühr zur Verfügung gestellt.

A. G. B. „Eintracht“, Nikelsdorf. (Liedertafel.) Samstag, den 10. Oktober l. Js. veranstaltet obiger Verein im Saale des H. Genser eine Herbst-Liedertafel, zu welcher an alle Genossen und Freunde des Arbeiterliedes die herzlichste Einladung ergeht. Zur Ausführung gelangen Gemische und Frauenchöre, sowie ernste und heitere Vorträge. Eintritt pro Person im Vorverkauf 1,20 Zl., an der Kasse 1,50 Zloty. Beginn des Festes um 8 Uhr abends. Nach Schluß des Programmes Tanz. Eintrittskarten sind bei den Mitgliedern sowie in der Filiale des Arb.-Kojum-Vereins in Nikelsdorf (neue Filiale) erhältlich.



Europäischer Herbst 1931

Marianne: „Kommt, Sam, laß uns weitergehen, es riecht hier nach armen Leuten.“

